

Wahlprüfsteine der BUND-Kreisgruppe Kiel zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

In Zukunft werden weiche Standortfaktoren wie Kultur, Bildung, Freizeitangebote, aber auch Klima- und Umweltaspekte Expert*innen zufolge aufgrund der zunehmenden Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle bei der Wahl des Wohnortes spielen.

(1) Welches sind die drei wichtigsten Punkte, mit denen die Grünen die Lebensqualität in Kiel steigern will?

Konsequenter Klimaschutz

Ausbau des ÖPNV

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Innenlagen und auf dem Flughafengelände. Dabei Erhalt der Grünflächen und Sicherstellung eines lebenswerten Wohnumfeldes für alle.

Das Thema Luftqualität in Kiel hat in den letzten Monaten die Nachrichten beherrscht. Eng verbunden mit der in Kiel v. a. verkehrsbedingten Stickoxid- und Feinstaubbelastung ist auch Lärm. Zusätzlich erleben viele Kieler*innen eine deutliche Verkehrsverschlechterung mit verlängerten Standzeiten.

(2a) Bitte nennen Sie, aufgegliedert nach kurzfristig und langfristig, jeweils 3 vorrangige Maßnahmen eines Mobilitätskonzeptes der Grünen für Kiel.

Ausbau von Fahrradstraßen und Schnellwegen

Förderung von Car-Sharing-Konzepten

Ausbau und Förderung des ÖPNV im allgemeinen

Ausbau der Fördefähren, um automobilen Verkehr rund um die Förde zu reduzieren.

Bau einer Stadtbahn

Alle Maßnahmen so schnell wie möglich umsetzen.

(2b) Wie stehen die Grünen zu einer Stadtbahn/Tram?

Wir fordern diese schon lange und unterstützen jede Entwicklung dahin.

(2c) Wie stellen sich die Grünen die Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet vor?

Wir wollen die Bewirtschaftung ausdehnen, um so Effekte zu erreichen, dass Parkraum wieder zurückgewonnen werden kann.

Die Landstromversorgung von Stena und Colorline ist beschlossen.

(3) Welche Maßnahmen werden die Grünen fordern, um die Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe zu begrenzen?

Wir fordern auch hier Landstromversorgung, Umstellung auf LNG oder andere geeignete Maßnahmen, wie Scrubberanlagen, die die Emissionen von Kreuzfahrtschiffen minimieren.

Leerstände prägen das Bild der Innenstadt. Der Citti-Park boomt hingegen. Ein Grund dafür ist die Vielzahl kostenloser Parkplätze. Diese bringen eine erhebliche Verkehrsbelastung der umgebenden Stadtteile mit sich. Auf Initiative des Jungen Rates hat die Ratsversammlung einstimmig den Prüfauftrag für eine „autofreie Innenstadt“ an die Verwaltung erteilt. Ziel einer autofreien Innenstadt ist es, die Aufenthaltsqualität deutlich zu steigern und so für Kund*innen wieder attraktiv zu werden.

(4a) Wie ist die Position der Grünen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch weitgehende Autofreiheit?

Bündnis90/Die Grünen begrüßen und unterstützen dies.

(4b) Wie stark müsste ein Bürgervotum dazu ausfallen, das Ihre Partei überzeugt?

Unsere Partei ist davon überzeugt.

Kiel gehört seit dem letzten Jahr zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die mit einem Masterplan 100% Klimaschutz verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 und damit einhergehend Einsparungen im Energiebereich beschlossen haben. Viele Bauvorhaben wie

z.B. neue Stadtteile oder der Anschluss der A21 sind hinsichtlich der Klimaziele allerdings problematisch, weil sie eine Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs bedingen.

(5a) Wie wollen die Grünen sicherstellen, dass zukünftige Ratsbeschlüsse nicht den Vorgaben des Masterplans zuwider laufen?

Bündnis90/Die Grünen wollen bei jeder Baumaßnahme, die im Rat beschlossen wird, die Ziele des Masterplans mit bedenken. Es dürfen keine Ratsbeschlüsse mehr getroffen werden, die den Masterplan außer Acht lassen.

(5b) Welche Maßnahmen (neben dem Bau des Küstenkraftwerks) sehen die Grünen als prioritär an, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Die energetische Sanierung von Gebäuden soll voran getrieben werden. Durch eine Wende der Mobilität muss der CO₂-Ausstoss reduziert werden.

Für im Zuge von Bauvorhaben vernichtete Naturflächen, Bäume und Knicks ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Ausgleich möglichst bauortnah erfolgt. Aktuell (Ratsbeschluss Oktober 2017) liegt die Satzung für das Gewerbegebiet Boelckestraße Nord in Holtenau vor, wo artenreiches Grünland überplant wird. Der Ausgleich findet fast ausschließlich in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie im Kreis Schleswig-Flensburg statt. Typischerweise werden sogar Baumersatzpflanzungen in der Praxis häufig aus dem Stadtgebiet „ausgelagert“.

(6a) Werden sich die Grünen im kommenden Rat aktiv dafür einsetzen, den Prozentsatz an „ausgelagerter Ersatzmaßnahmen“ deutlich zu begrenzen?

Ja. Die Grünen sind dafür, dass Ersatzmaßnahmen möglichst nah an den auslösenden Bauvorhaben umgesetzt werden. Neben dem ökologischen Faktor ist hierbei auch die Akzeptanz durch Bürger*innen höher, wenn die Maßnahme „greifbar“ ist.

(6b) Werden sich die Grünen dafür einsetzen, dass das angekündigte Ausgleichsflächenkataster öffentlich zugänglich ist?

Ja.

Der Innere Grüngürtelring ist für weite Teile der Stadtbevölkerung bei zunehmender innerstädtischer Verdichtung durch die „Wachsende Stadt“ ein wichtiger Bereich zur Naherholung. Dieser Grüngürtel ist innerhalb der letzten Jahrzehnte immer weiter in der Fläche reduziert worden, z.B. durch das geplante Möbelzentrum auf dem Prüner Schlag, Ikea, B76.

(7a) Sind die Grünen für den Erhalt des heute noch verbliebenen Inneren Grüngürtelrings in seiner Gesamtheit?

Ja.

(7b) Wie stehen die Grünen für den Fall abnehmender Kleingartennutzung zu einer Umwidmung der betroffenen Flächen zu allgemein zugänglichen Grünflächen oder auch Ausgleichsflächen?

Wenn Kleingärten nicht mehr genutzt werden und auch keine erneute Nutzung in Sicht ist, müssen neue Nutzungsformen gefunden werden. Der Charakter als Grünfläche mit hoher Biodiversität muss dabei gesichert sein.

2017 hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von 30ha/Tag ab 2030 festgelegt. Kiel muss folglich seinen Flächenverbrauch trotz „Wachsender Stadt“ eindämmen, z.B. durch Begrenzung der Bauvorhaben auf bereits versiegelte Flächen oder neue Entsiegelungsmaßnahmen. Für das innerstädtische (Sozial- und Temperatur-) Klima spielen unversiegelte Flächen eine erhebliche Rolle.

(8a) Wie stehen die Grünen zu der Forderung nach einer Obergrenze für Versiegelung, z.B. auf der Basis des Wohnbauflächenatlas 1.0?

Bündnis90/Die Grünen wollen die zusätzliche Versiegelung in neuen Baugebieten und auch in bestehenden Quartieren minimieren. Dabei ist auch eine Obergrenze wünschenswert, welche für Kiel festgelegt werden müsste. Den Wohnbauflächenatlas als Grundlage sehen wir dabei kritisch, da nach unserer Meinung dort Flächen zur Bebauung vorgesehen sind, die wir für nicht geeignet halten. Beispielsweise wird Suchsdorf-West als Reservefläche ausgewiesen. Wir machten dieses Gebiet aber als Landschaftsschutzgebiet ausweisen und so von Versiegelung komplett frei halten.

(8b) Durch welche Maßnahmen wollen die Grünen das ggf. erreichen?

Anstehende Baumaßnahmen sollen vorrangig auf bereits versiegelten Flächen entstehen. Neue Baugebiete sollen durch durchdachte Konzepte entwickelt werden, die eine minimale Versiegelung und optimierte Versickerungsflächen vorsehen.

Darüber hinaus sollen bestehende Flächen entsiegelt werden, beispielsweise Straßen, die durch neue Verkehrskonzepte in ihrem Querschnitt überdimensioniert sind.

Das Thema Insektensterben ist in aller Munde. Immer mehr Kommunen in Deutschland (bisher über 100 Städte und Gemeinden) haben sich zu pestizidfreien Kommunen erklärt. Sie pflegen, wie auch Kiel, ihre Grünflächen komplett pestizidfrei oder zumindest ohne Glyphosat. Ergänzend wird dort auch Einfluss auf den Verkauf von Pestiziden an Privatleute für deren eigene Gärten genommen. In Kiel liegen Beschlüsse zur „Bienenfreundlichen Kommune“ und „Essbaren Stadt“ vor.

(9) Unterstützen die Grünen eine mögliche Beschlussvorlage Kiel zur „Pestizidfreien Kommune“ zu erklären?

Bündnis90/Die Grünen würden eine entsprechende Vorlage unterstützen. Da Kiel auf öffentlichen Flächen bereits pestizidfrei ist, besteht kein absoluter Handlungsdruck. Für die kommende Legislatur ist ein solcher Beschluss jedoch wünschenswert, um durch seine Symbolkraft auch Einfluss auf Besitzer privater Flächen zu nehmen.